

## **Darfur. Stoppt den Völkermord!**

16-158

### **Völkermord im 21. Jahrhundert**

Der Darfur-Konflikt ist die derzeit größte humanitäre Katastrophe weltweit. Seit Ende 2003 haben die Gewaltexzesse im Westen des Sudan mehr als 300.000 Tote und nahezu 3 Mio. Vertriebene gefordert. Aus Versorgungsmangel droht jetzt noch eine Hungerkatastrophe. Das Regime um den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir trägt die Hauptschuld an dem Vernichtungsfeldzug: Mit Hilfe arabischer Reitermilizen wurden überwiegend nicht-arabischstämmige Sudanesischen und Sudanesen ermordet, vertrieben und vergewaltigt. In Darfur ist die internationale Gemeinschaft die Einlösung ihres Versprechens „Nie wieder Ruanda!“ bisher schuldig geblieben. Noch in rot-grüner Regierungszeit haben wir den Konflikt auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen (UNO) gebracht. Wir haben mit dafür gesorgt, dass der Internationale Strafgerichtshof gegen die Verbrechen ermittelt.

Doch heute ist trotz der desaströsen Lage und der völkerrechtlichen, ethischen und moralischen Pflicht der internationalen Gemeinschaft für Darfur keine wirkliche Wende in Sicht.

### **Sexualisierte Gewalt stoppen!**

Auch in der Darfur-Krise sind vor allem Frauen und Mädchen Opfer systematischer massenhafter Vergewaltigungen. Sexualisierte Gewalt wird als Kriegswaffe eingesetzt, um den Gegner zu schwächen. Das sudanesische Regime schützt die Frauen und Mädchen nicht. Und die internationale Gemeinschaft – also auch Deutschland – unternimmt zu wenig, obwohl sie die Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO zum Schutz von Frauen im Krieg dazu verpflichtet.

Um die Frauen und Mädchen in Darfur zu betreuen und zu schützen, braucht es mehr und besser geschulte Sicherheitskräfte vor Ort, mehr professionelle medizinische und psychologische Hilfe. Dafür setzen wir uns z. B. durch die Unterstützung engagierter Menschenrechtsanwälte wie Salih Mahmoud Osman, Menschenrechtspreisträger des Europäischen Parlaments, ein. Er gibt den Frauen nicht nur Rechtsbeistand, sondern dokumentiert die Unrechtsfälle und übergibt sie an den Internationalen Strafgerichtshof. Wir geben Osman die notwendige Öffentlichkeit wie auf der Afrikakonferenz der Bundestagsfraktion 2007.

### **Internationale „Schutzverantwortung“ in Darfur endlich umsetzen**

Das sudanesische Regime ist selbst treibende Kriegspartei, von ihm ist kein Schutz für die Menschen in Darfur zu erwarten. Deshalb steht die internationale Gemeinschaft in der Pflicht. Klar ist: Ohne ausreichenden Schutz der Zivilbevölkerung, ohne einen umfassenden Friedensprozess und ohne Gerechtigkeit wird das Morden nicht enden, wird es keine sichere Rückkehr der Vertriebenen und keinen dauerhaften Frieden geben.

Die Mitgliedstaaten der UNO haben eine „Responsibility to protect“, eine Schutzverantwortung. Diese völkerrechtliche Pflicht gilt es zu erfüllen und die Menschen wirksam vor Gewalt zu schützen. Das wird nur zu erreichen sein, wenn eine gelingende Friedensmission, ein Friedensvertrag und das Ende der Straflosigkeit für die Täter ineinandergreifen. Für einen solchen Dreiklang setzen wir Bündnisgrüne uns ein.

### **UNAMID-Blockade überwinden**

Seit Januar 2008 gibt es die Friedensmission UNAMID (United Nations African Union Mission in Darfur). Die UNO und die Afrikanische Union wollen damit die Menschen in Darfur schützen. UNAMID droht aber an mangelndem Personal und Material zu scheitern. Auch nach bald einem Jahr ist kaum die Hälfte der geplanten Friedenskräfte entsandt. Die Bereitschaft westlicher Staaten einen Beitrag zu leisten, ist äußerst gering. Dringend benötigte Hubschrauber fehlen nach wie vor. Deutschland und andere UNO-Staaten haben Zusagen gemacht, die sie endlich erfüllen müssen.

UNAMID steht aber auch auf der Kippe, weil das sudanesische Regime Beiträge von nicht-afrikanischen Staaten blockiert. Rückendeckung erhält es dabei von China und Russland, beides Vetomächte im Sicherheitsrat. Ihnen sind ihre Großmacht- und Ressourceninteressen offensichtlich wichtiger als der Schutz der Menschenrechte.

Der Druck auf das Regime in Khartum muss erhöht und die Blockade im Sicherheitsrat aufgelöst werden. An die Adresse von China und Russland brauchen wir deutliche Worte.

## Neue Friedensinitiativen anstoßen

Der Einsatz von Friedenstruppen ist notwendig, er darf aber das politische Engagement nicht ersetzen. Nur ein nachhaltiger Friedensprozess kann dauerhaft das Morden stoppen und das Leben in Darfur normalisieren.

Fatal ist, dass das „Darfur Friedensabkommen“ von 2006 mittlerweile gescheitert ist. Es sollte die tiefer liegenden Wurzeln der Konflikte angehen und beseitigen: die geringe Mitsprache der Regionen und die ungerechte Verteilung des Wohlstands. Das Friedensabkommen hatte aber nie die erforderliche Akzeptanz aller an dem Konflikt beteiligten Gruppen. Die sind zerstritten, zersplittert und kämpfen weiter gegen das Regime in Khartum.

Dringend erforderlich sind jetzt ein tragfähiger Waffenstillstand und neue Friedensgespräche, die die Interessen aller Gruppen – der kämpfenden und nicht-kämpfenden – berücksichtigen. Dazu fordern wir Grüne die koordinierte Unterstützung des politischen Dialogs in Darfur (Darfur-Darfur-Dialog) durch die internationale Gemeinschaft und einen neuen Friedensimpuls durch eine internationale Friedenskonferenz.

## Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

In Darfur wurden und werden schwerste Menschenrechtsverbrechen begangen. Aber wenn niemand zur Rechenschaft gezogen wird, wird es keinen Frieden geben. Diese Kultur der Rechtlosigkeit muss beendet werden.

Der UNO-Sicherheitsrat hat 2005 den Internationalen Strafgerichtshof mit der Verfolgung schwerster Verstöße gegen die Menschenrechte in Darfur beauftragt. Doch Khartum verweigert die Auslieferung der Beschuldigten. Es belohnt die Täter mit Staatsposten und verhöhnt so die Opfer. Eine politische Zäsur ist der Antrag auf Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten al-Bashir wegen Völkermords. Er brachte eine neue politische Dynamik. Und er setzte Ablehner wie die Afrikanische Union, die Arabische Liga oder China unter Druck, selbst neue Friedensinitiativen anzustoßen. Die UNO-Staaten sollten dieses „Fenster der Gelegenheit“ für einen neuen Friedensprozess nutzen.

Für uns Grüne gilt jedoch weiterhin: Die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs ist von zentraler Bedeutung für den Frieden. Völkermord ist nicht verhandelbar.

*„ Nie wieder Ruanda! – das hatte die internationale Staatengemeinschaft nach dem Völkermord versichert. Doch in Darfur schaut sie wieder tatenlos zu. Ich erwarte vom Sicherheitsrat, dass er endlich schnell und geschlossen handelt, eine Friedenskonferenz einberuft und den Aufbau der Friedensmission durchsetzt.“*

Kerstin Müller MdB, Sprecherin für Außenpolitik

## Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Kerstin Müller MdB, Sprecherin für Außenpolitik

Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte

11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

## Links:

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Sicherheitspolitik

[sudantribune.com](http://sudantribune.com)

[darfur-hilfe.org](http://darfur-hilfe.org)

[unamid.unmissions.org](http://unamid.unmissions.org)

## Bundestagsdrucksachen:

16/5144 Fortsetzung der deutschen Beteiligung an UNMIS (Entschließungsantrag interfraktionell)

16/9194 Vollzug der Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs wegen Menschenrechtsverbrechen in Darfur (Kleine Anfrage)